## Harsche Kritik an AfD-Wahlwerbung mit Bild der Friedlichen Revolution

Enkel des Fotografen sieht Urheberrechtsverletzung / Bürgerrechtler Hollitzer: Missbrauch des Ereignisses

VON MATTHIAS PUPPE UND MARK DANIEL

**LEIPZIG.** Auf einer Strategiekonferenz im Sommer 2018 kündigte die sächsische AfD an, die Friedliche Revolution für ihre Wahlwerbung benutzen zu wollen. Nun ist auch auf der Straße zu erkennen, was damit gemeint war. Unter dem Titel "Wende für Leipzig" wurden in der Messestadt großflächig Plakate mit einer Aufnahme der Montagsdemo vom 16. Oktober 1989 aufgestellt. Gemacht hat das Foto der inzwischen verstorbene Fotograf Friedrich Gahlbeck. Dessen Enkel Martin Neuhof, selbst Fotograf und Initiator des antirassistischen Fotoprojekts "Herzkampf", ist über die Umnutzung erschüttert und lässt gegen die Verwendung rechtliche Schritte einleiten. Parallel dazu gibt es harsche Kritik von Bürgerrechtlern und Politikern an der Kampagne. Tenor: Die AfD missbrauche die Symbolik der Friedlichen Revolution in Leipzig.

Gahlbeck-Enkel Martin Neuhof veröffentlichte Anfang dieser Woche Aufrufe in den sozialen Medien mit der Bitte, ihm die Standorte der Plakate mitzuteilen, um sich einen Überblick über die Verbreitung zu verschaffen. Dass die AfD das Bild verwendet, entsetzt ihn und macht ihn traurig, sagt er. "Würde mein Opa das wissen, würde er sich dreimal im Grab umdrehen", so der 35-Jährige.

Die Rechte an den Bildern besitzt Gahlbecks Frau. Zudem hat der Fotograf dem Bundesarchiv Nutzungsrechte eingeräumt. Im Web ist das Foto aus dem Bundesarchiv unter Creative-CommonsLizenz zu finden und kann mit Verweis auf Bundesarchiv und Urheber frei genutzt werden. Allerdings nur, wenn die Lizenzbedingungen erfüllt werden. Dazu gehört die Nennung des Fotografen.

Laut Neuhof hat die AfD das Foto vor der Plakatierung bereits auf Facebook ohne Lizenzangaben gepostet. Die Straßenwerbung sei teilweise mit einem Aufkleber versehen worden, der auf die Lizenz verweist. "Das ist offenbar nachträglich geschehen", vermutet Neuhof. Inzwischen hat er den auf Urheberrechte spezialisierten Anwalt Jonas Kahl (Spirit Legal) involviert: "Auf einzelnen Plakaten wurde zwar ein Urheberrechtshinweis ergänzt. Das ändert aber nichts an den bereits eingetretenen Urheberrechtsverletzungen. Die Lizenzbedingungen sind in dieser Frage streng", sagt Kahl. Zudem müsse berücksichtigt werden, dass Gahlbeck laut seiner Familie niemals mit einer Nutzung durch die AfD einverstanden gewesen wäre.

Der Leiter des Bildarchivs, Oliver Sander, sagte gestern, aus seiner Sicht gebe

den Monaten klären müssen.
Für einige Kritiker ist jetzt schon klar:
Die Motivwahl der AfD ist aus ethischen
Gründen abzulehnen. "Der bewusst hergestellte Bezug zwischen dem Begriff
"Wende" und dem Foto der Montagsdemonstration von 1989 ist – gerade in
Leipzig, der Stadt der Friedlichen Revolution – ein Missbrauch dieses einmaligen
Ereignisses der jüngsten deutschen
Geschichte", empörte sich Tobias Hollitzer
vom Bürgerkomitee Leipzig. Der Leiter der
Gedenkstätte "Runde Ecke" sagte auch:
"In welcher politischen Tradition sich die
Leipziger AfD offenbar sieht, zeigt die

es keine juristischen Bedenken gegen die

Verwendung. Ob die Ansprüche der

Gahlbeck-Familie dennoch zu Recht

bestehen, wird die Justiz in den kommen-

Diese Parallele ist auch CDU-Stadtrat Ansbert Maciejewski aufgefallen. "Ich habe keine Erinnerung daran, dass der Begriff "Wende" zum Sprachgebrauch der Demonstranten gehörte". Der Unionspolitiker wertet das Plakat als Versuch, "mit Hilfe der Montagsdemonstrationen von 1989 die mangelhafte eigene kommunalpolitische Performance zu kaschieren".

Übernahme des Begriffs "Wende", den 1989

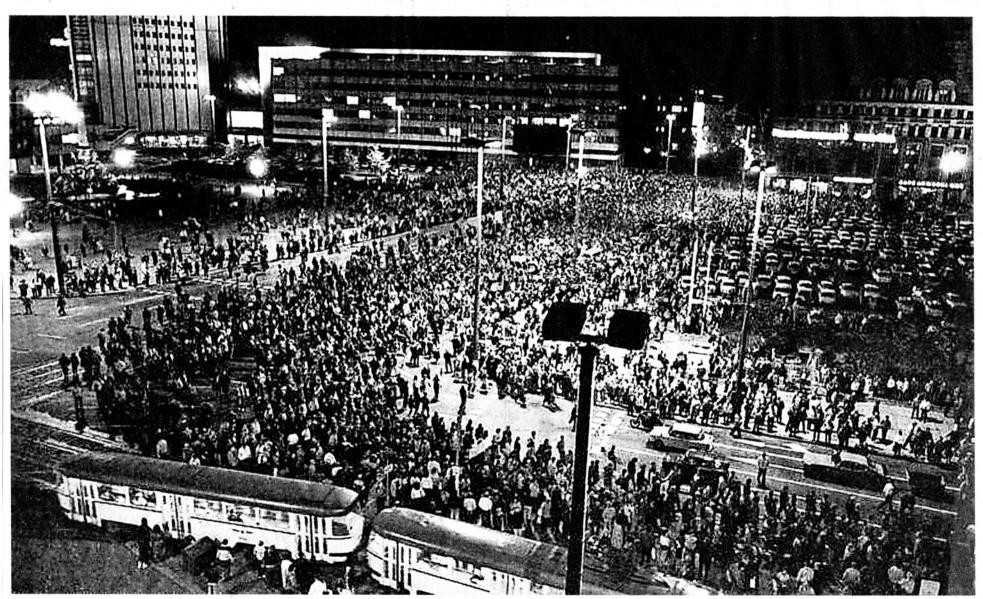
Honecker-Nachfolger Egon Krenz geprägt

hat, um die Macht der SED zu retten."

Die Leipziger AfD selbst reagierte gestern gelassen. "Das Bild stammt von Wikimedia Commons und die Verwendung entspricht den Lizenzbedingungen", sagte der Kreisvorsitzende Siegbert Droese. Erklärtes Ziel "sei eine erneute politische Wende – nichts verdeutlicht das besser als eine Fotografie der Montagsdemonstrationen".



Das umstrittene Wahlplakat der AfD in der Berliner Straße in Leipzig mit dem Foto von Friedrich Gahlbeck.



Blick auf die Montagsdemo am 16. Oktober 1989 in Leipzig. Fotograf Friedrich Gahlbeck arbeitete damals für die DDR-Nachrichtenagentur ADN. Inzwischen liegen die Bildrechte unter anderem beim Bundesarchiv. Die Version hier stammt von Wikipedia, wo es unter Creative Commons Lizenz kopiert werden kann.

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0922-002 / Friedrich Gahlbeck